

Erarbeitung politischer Schwerpunktpapiere

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 20. Januar 2017

Beschluss:

Der Landesvorstand beschließt die Erarbeitung politischer Schwerpunktpapiere, um sich in die Debatte zum Bundestagswahlprogramm einzubringen und um den sächsischen Wahlkampf themenspezifisch anzureichern.

Politische Botschaft:

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Weitere Maßnahmen:

Die Vorlage wurde abgestimmt mit:

Den Beschluss sollen erhalten:

Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

Abstimmungsergebnis:

Bei einer Enthaltung beschlossen.

f.d.R.

Dresden, den 20. Januar 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

Der Landesvorstand möge beschließen:

Die sächsische LINKE führt den Bundestagswahlkampf auf der Grundlage der Wahlstrategie des Parteivorstands und des Bundeswahlprogramms. Wir wollen unser Profil als Partei der sozialen Frage, der Demokratie und des Friedens stärken.

Die tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart sollen in diesem Wahlkampf in wirksamer Weise thematisiert werden. Dafür ist es notwendig, die "Interessen und Bedürfnisse der Bevölkerung" in den Mittelpunkt unserer politischen Angebote zu stellen wie wir dies schon im Erfurter Programm unserer Partei versprechen. Besonderes Augenmerk legen wir darauf, die konkreten und sich oft erheblich unterscheidenden Lebenslagen der Menschen beispielsweise in Stadt und Land, zwischen den Generationen oder in Abhängigkeit von Beschäftigung und Einkommen so aufzugreifen, dass wir als Interessenvertreterin all derer wahrgenommen werden können, die ausgegrenzt, diskriminiert, ausgebeutet oder unterdrückt werden, die von Ängsten vor sozialem Abstieg, die von Verunsicherung hinsichtlich vielfältiger Lebensrisiken betroffen sind, die sich einsetzen für gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in Sachsen. Wir streben an, so eng wie möglich mit zivilgesellschaftlichen Kräften zusammen zu arbeiten, mit Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Bürgerinitiativen und anderen.

Auch im Bundestagswahlkampf thematisieren wir die Angriffe konservativer, rechter, nationalistischer, rassistischer und anderer menschenfeindlicher Kräfte auf Demokratie, Sozialstaat und eine solidarische Gesellschaft. In diesem Kulturkampf, der weit über Deutschland hinaus im Gange ist, beziehen wir klar Position für eine solidarische, offene Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Grundlage der freien Entwicklung aller ist.

Ein verbindender Ansatz ist dabei die möglichst umfassende Sicherheit gegenüber Lebensrisiken verschiedener Natur. In der politischen Debatte zum Thema Sicherheit stehen wir klar gegen jegliche Form der "law-and-order"-Politik. Vielmehr gehen wir von einem umfassenden Sicherheitsbegriff aus, in dessen Zentrum soziale Sicherheit steht, der die Planbarkeit des eigenen Lebens unter ganz verschiedenen Voraussetzungen ermöglicht, in dem die öffentliche und persönliche Sicherheit als Aufgabe des Staates begriffen wird, der einen funktionierenden Staat und die Rechtssicherheit behördlichen Handelns für alle Menschen garantiert und die fortschreitende Privatisierung des Umgangs mit Lebensrisiken zurückdrängt.

Insbesondere das Thema Wohnen in den wachsenden Großstädten (Leipzig und Chemnitz), aber auch in bestimmten ländlichen Raum werden wir dafür beispielhaft heranziehen, um zum einen den Ansatz gleichwertiger Lebensbedingung im Zusammenhang mit dem Entwicklungsgefälle in urbanen und ländlichen Räumen zu verknüpfen.

In Sachsen ebenso wie in den anderen neuen Bundesländern hat unsere Partei über lange Jahre auch deshalb große Erfolge gehabt, weil wir uns glaubwürdig als Vertretung spezifisch ostdeutscher Interessen agiert haben. In Folge der richtigen Orientierung der Bundespartei darauf, als gesamtdeutsche Partei wahrgenommen zu werden, ist diese erfolgreiche politische Profilierung in den Hintergrund getreten. Auch deshalb konnten wir diese Interessenvertretung nur noch teilweise erfolgreich kommunizieren. Aber die sozialen und ökonomischen Bedingungen sind in den neuen Bundesländern weiterhin nahezu flächendeckend schlechter bzw. unterhalb des gesamtdeutschen Durchschnitts. Ostdeutsche Biographien, wie im aktuellen Fall Andrej Holm, stehen weiterhin unter besonderer Beobachtung und führen zur Ausgrenzung. Für Menschen ostdeutscher Herkunft besteht weiter eine "gläserne Decke" und vieles mehr. Im Bundestagswahlkampf werden wir verstärkt, diese Kompetenz wieder zurückgewinnen.

Der Landesvorstand beschließt daher die Erarbeitung politischer Positionspapiere zu folgenden Themen, um sich in die Debatte zum Bundestagswahlprogramm einzubringen aber auch um den sächsischen Wahlkampf themenspezifisch anzureichern:

1. Die Einkommenssituation in Sachsen, deren soziale Folgen, im Vergleich mit anderen Bundesländern
VA: MdB Sabine Zimmermann, unter Hinzuziehung von weiteren Sachkundigen
2. Erarbeitung wohnungspolitischer sächsischer Positionen unter Berücksichtigung der Differenzen zwischen großen Städten und ländlichen Raum.
VA: MdB Caren Lay und MdL Enrico Stange unter Hinzuziehung von weiteren Sachkundigen
3. Erarbeitung eines Schwerpunktpapiers 'Sachsen als ostdeutsches Bundesland'
VA: MdB Susanna Karawanskij unter Hinzuziehung von weiteren Sachkundigen

Rückwärtszeitschiene für die Erarbeitung der Papiere:

- | | |
|-------------------|---|
| 17. Juni 2017 | gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden: Beschlussfassung der Papiere |
| 18. Mai 2017 | Landesvorstand: Verabschiedung von Änderungsanträgen an das Bundestagswahlprogramm resultierend aus den drei Papieren |
| 12. Mai 2017 | Landesvorstand und Fraktion: Vorstellung & Diskussion der Eckpunktepapiere in der gemeinsame Beratung |
| bis 7. April 2017 | Vorstellung der Entwurfspapiere im Landesvorstand nach Absprache mit der Landesgeschäftsstelle (eher ist möglich) |